

## **Amtliche Bekanntmachung**

### **Satzung der Gemeinde Timmendorfer Strand über die Veränderungssperre im Geltungsbereich der Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19**

Aufgrund der §§ 14, 16 und 17 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) geändert worden ist, sowie aufgrund der §§ 4 und 28 der Gemeindeordnung für das Land Schleswig-Holstein in der Fassung vom 12.10.2003 (GVOBl. 2003, S. 57), die zuletzt durch Gesetz vom 26.03.2009 (GVOBl. 2009, S. 93) geändert worden ist, hat die Gemeindevertretung in ihrer Sitzung am 28.09.2010 folgende Veränderungssperre als Satzung beschlossen:

#### **§ 1**

#### **Zu sichernde Planung und räumlicher Geltungsbereich**

(1) Der Ausschuss für Planung und Bauwesen der Gemeinde Timmendorfer Strand hat am 11.03.2010 die Aufstellung einer Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für ein Gebiet in Timmendorfer Strand zwischen Strandallee und Poststraße von der Herrenbruchstraße bzw. Havenothstraße bis Strandallee 164 bzw. Poststraße 65 beschlossen.

(2) Zur Sicherung der Planung wird aus Gründen des öffentlichen Wohls eine Veränderungssperre nach § 14 BauGB erlassen. Die genaue Gebietsabgrenzung wird durch die zeichnerische Darstellung, die Bestandteil der Satzung ist, festgelegt.

#### **§ 2**

#### **Rechtswirkungen der Veränderungssperre**

Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre (§ 1) dürfen

1. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden;
2. erhebliche oder wesentlich Wert steigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

#### **§ 3**

#### **Ausnahmen von der Veränderungssperre**

Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden. Die Entscheidung über Ausnahmen trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde.

#### **§ 4**

#### **Vorhaben, die von der Veränderungssperre nicht betroffen sind**

Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, und Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die

Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von dieser Veränderungssperre nicht berührt.

## **§ 5**

### **Inkrafttreten und Außerkrafttreten der Veränderungssperre**

Die Veränderungssperre tritt mit Wirksamwerden der Bekanntmachung auf der Internetseite der Gemeinde Timmendorfer Strand [www.timmendorfer-strand.org](http://www.timmendorfer-strand.org) in Kraft. Sie tritt mit der Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses der Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19, spätestens nach Ablauf von 2 Jahren nach Inkrafttreten außer Kraft.

ausgefertigt:

Timmendorfer Strand, den 03.07.2012

(L.S.)

Gemeinde Timmendorfer Strand  
Die Bürgermeisterin

gez. Hatice Kara

### **Hinweise:**

Die Satzung über die Veränderungssperre kann während der üblichen Dienststunden bei der Gemeindeverwaltung in Timmendorfer Strand, Strandallee 42, Fachdienst Bauverwaltung und Umwelt, Zimmer Nr. 28, eingesehen werden. Jeder kann die Veränderungssperre einsehen und über den Inhalt Auskunft verlangen.

Auf die Vorschriften des § 18 Abs. 2 Satz 2 und 3 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für eingetretene Vermögensnachteile durch die Veränderungssperre gemäß § 18 BauGB und die Vorschriften des § 18 Abs. 3 BauGB über das Erlöschen der Entschädigungsansprüche bei nicht fristgemäßer Geltendmachung wird hingewiesen.

Unbeachtlich ist zudem eine Verletzung der in § 4 Abs. 3 GO bezeichneten landesrechtlichen Formvorschriften über die Ausfertigung und Bekanntmachung der Bebauungsplansatzung sowie eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, die die Verletzung ergibt, geltend gemacht worden ist.

**ÜBERSICHTSPLAN**  
**Geltungsbereich der Veränderungssperre**  
**der Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19**

